



Für gleiche Rechte, gegen Gewalt an Frauen und gegen Rassismus – Milca Martins von Sindoméstico, Brasilien.

Foto: Y. Zimmermann

Ägypten und Brasilien

Hausarbeit ist Arbeit: Hausangestellte fordern ihre Rechte ein

Vor einigen Jahren campierten Hausarbeiterinnen vor dem Parlament in Südafrika. Auf diese Weise wollten sie Druck auf die ParlamentarierInnen ausüben, damit diese den Mindestlohn erhöhten. Natürlich hätten die wenigsten Abgeordneten ein Interesse an einer solchen Lohnerhöhung, sagte damals die Generalsekretärin der Hausarbeiterinnengewerkschaft, beschäftigten sie doch alle selber eine Hausangestellte bei sich zu Hause. Wieso sollen Minister oder Abgeordnete per Gesetz die Stellung der Hausarbeiterinnen verbessern, wenn sie selbst von deren Tieflöhnen und ständiger Verfügbarkeit profitierten? Diese Frage stellt sich auch im Fall der ägyptischen Hausarbeiterinnen, denen seit Jahrzehnten grundlegende Arbeits-

rechte vorenthalten werden und die in der Öffentlichkeit praktisch nicht existieren.

In Brasilien gelten die Arbeitsrechte seit wenigen Jahren auch für Hausarbeiterinnen und die Regierung hat die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation zum Schutz der Hausarbeiterinnen ratifiziert. Dafür zu sorgen, dass diese Rechte auch umgesetzt werden, ist jedoch für die Hausarbeiterinnen ein schwieriges Unterfangen. In beiden Fällen ist es entscheidend, dass sich die Hausarbeiterinnen organisieren, um ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen. Darin unterstützt sie der SOLIFONDS mit dieser Kampagne.

Alle drei Beispiele – Südafrika, Ägypten, Brasilien – weisen auf den global gelten-

den Umstand hin: Solange Hausarbeit keinen Wert hat, bleibt Hausarbeit Frauennarbeit. Wird sie von Angestellten geleistet, sind dies oft gesellschaftlich und ökonomisch schlechter gestellte Frauen, Migrantinnen, Mädchen. Nicht selten ist die Haltung gegenüber von patriarchalen, kolonialen oder rassistischen Mustern geprägt. Ihre Isolierung am Arbeitsplatz sowie Vorurteile in der Gesellschaft öffnen die Tür zu finanzieller und zeitlicher Ausbeutung, Diskriminierung, Gewalt und Missbrauch.

Dank dem unermüdlichen Einsatz der Gewerkschaften von Hausarbeiterinnen aus verschiedenen Ländern wurde vor vier Jahren die ILO-Konvention 189 verabschiedet. Und dieses Jahr ist das Problem von Gewalt und Missbrauch am Arbeitsplatz, von denen Hausarbeiterinnen speziell betroffen sind, auf die Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation gesetzt worden. Tragen wir mit unserer Solidarität dazu bei, dass der Kampf der Hausarbeiterinnen in Ägypten und Brasilien ebenfalls Erfolg hat!

Merci für Ihre Solidarität!

Für faire Arbeitsbedingungen und gegen Rassismus

«Seit ich sieben Jahre alt war, arbeite ich in fremden Haushalten. Jetzt bin ich 48 Jahre alt, ich habe über 40 Jahre gearbeitet, aber erst seit fünf Jahren habe ich einen Vertrag und bin als Arbeiterin anerkannt. Die Jahrzehnte zuvor werden nicht für die Rente angerechnet.» Dies berichtet Milca Martins, Generalsekretä-

rin von Sindoméstico, Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen im brasilianischen Bundesstaat Bahia.

In Brasilien arbeiten rund acht Millionen Menschen in Haushalten der Mittel- und Oberschicht, in Bahia sind es über eine halbe Million, 150'000 von ihnen im Grossraum von Salvador de Bahia. Die

meisten von ihnen sind schwarze Frauen, viele von ihnen arbeiten seit Kindesalter. Sklavenarbeitsverhältnisse sind verbreitet: Kinder aus armen Verhältnissen werden mit dem Versprechen in die Stadt geholt, dass sie dort die Schule besuchen können. Statt in die Schule kommen sie in Privathaushalte, in denen sie als Billigstarbeitskräfte rund um die Uhr ausgebeutet werden.

Nur etwa dreissig Prozent der Hausarbeiterinnen haben einen Arbeitsvertrag und auch bei diesen bezahlen längst nicht alle ArbeitgeberInnen die Sozialversicherungen ein.

Die Hausarbeiterinnen verlassen oft ihren eigenen Haushalt um fünf Uhr morgens, um rechtzeitig am Arbeitsplatz zu sein, Frühstück für die Kinder dort zu machen und diese zur Schule zu begleiten. Derweil sind ihre eigenen Kinder allein und oft Gewalt oder Missbrauch ausgesetzt. Sindoméstico setzt sich deshalb nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen ein, sondern auch für Kindertagesstätten. Auch der Kampf gegen Rassismus, Sexismus sowie für Wohnraum und Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil der Arbeit der Gewerkschaft.

2015 wurden HausarbeiterInnen per Gesetz anderen ArbeiterInnen gleichgestellt: Sie haben Zugang zu den Sozialversicherungen, der Arbeitstag wurde auf acht Stunden beschränkt, das Recht auf bezahlte Ferien anerkannt und Kinderarbeit verboten. Die Realität hinkt dem Gesetz allerdings weit hinterher. Seit dem parlamentarischen Putsch 2016 und der in der Folge verabschiedeten Arbeitsreform sind zudem die Rechte aller ArbeiterInnen in Brasilien unter Druck geraten und Prekarisierung nimmt allgemein zu.

Die Gewerkschaft Sindoméstico leistet ihre Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Nur ein Teil der Mitglieder kann den Mitgliederbeitrag von 10 Reais (rund 2.50 CHF) pro Monat entrichten. Wie Sindoméstico schreibt, hat die Gewerkschaft Mühe, die Löhne der zwei Angestellten zu bezahlen.

Der SOLIFONDS unterstützt Sindoméstico in einer Kampagne zu den Rechten von Hausarbeiterinnen, die in deren Wohnvierteln durchgeführt wird und die Basismobilisierung stärken will. Auch ist ein Seminar zu Rassismus geplant, von dem die afrobrasilianischen Hausarbeiterinnen besonders betroffen sind.



Die Hausarbeiterin und Gewerkschaftssekretärin Marinalva de Deus Barbosa vor dem Büro von Sindoméstico.

Foto: Yvonne Zimmermann



Faire Löhne, faire Arbeitsbedingungen: Hausarbeiterinnen tragen ihre Forderungen auf die Strasse.

Foto: AlJazeera

Ägypten: Arbeitsrechte auch für Hausarbeiterinnen

Nicht Dienstmädchen, sondern Arbeiterin

Knapp die Hälfte aller Haushalte in Ägypten ist vom Einkommen einer Frau abhängig. In den meisten Fällen arbeiten diese in einem fremden Haushalt. Wie viele Frauen und junge Mädchen das sind, weiss in Ägypten niemand genau. Auch nicht, wie viele dieser Arbeiterinnen aus Afrika oder Asien kommen. Das hat einen einfachen Grund: Die staatlichen Stellen interessieren sich nicht für sie. Sie sind nicht sichtbar und trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist der gesellschaftliche Stellenwert von Frauen gering.

«Seit über sechzig Jahren werden diesen Frauen ihre Rechte als Arbeiterinnen vorenthalten», empört sich Rahma Reffat von der unabhängigen gewerkschaftlichen Beratungsstelle CTUWS. «Seit jeher argumentieren Arbeitsminister, dass Arbeit in Privathaushalten eine private, familiäre Angelegenheit sei und dort geregelt werden müsse. Auch sei es nicht möglich, einen Lohn für diese Arbeit festzulegen. So begründen die Herren Minister die Diskriminierung

der Hausarbeiterinnen», fasst sie zusammen. Auch habe Ägypten die ILO-Konvention 189 zum Schutz der Hausarbeiterinnen bis heute nicht ratifiziert, weil sie den kulturellen Eigenheiten des Landes widerspreche.

Konferenz der Arbeiterinnen

Die Folgen dieser Politik: Hausarbeiterinnen sind vom Arbeitsgesetz ausgeschlossen, sie können keine Arbeitsrechte einfordern und haben keine sozialen Sicherheiten. In der Öffentlichkeit sind sie inexistent, ihre Arbeit in den Haushalten ist jedoch unabdingbar. CTUWS hat deshalb, unterstützt vom SOLIFONDS, die «ständige Arbeiterinnenkonferenz» PCWW (Permanent Conference for Working Women) ins Leben gerufen. Mit Bildungsarbeit, Unterstützung in Rechtsfällen und dem Aufbau von unabhängigen Gewerkschaften stärkt die Konferenz die Hausarbeiterinnen. Im Rahmen der aktuellen Revision des Arbeitsrechts erarbeitet die Konferenz einen Gesetzesvorschlag, der für

Hausarbeit schriftliche Arbeitsverträge, würdige Arbeitsbedingungen, existenzsichernde Löhne, Zugang zu den Sozialversicherungen und den Schutz vor Gewalt und sexuellen Übergriffen fordert. Denn Hausarbeiterinnen sind Arbeiterinnen, keine Dienstmädchen.

Zusätzlich zur gewerkschaftlichen Arbeit mit Hausarbeiterinnen bekämpft die PCWW grundsätzlich die Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft. Hierzu setzt die Arbeiterinnenkonferenz auch bei den Gewerkschaften an. In deren Führungspositionen sind nur Männer vertreten und die Perspektive der Frauen kommt generell zu kurz. PCWW führt Sensibilisierungskurse für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durch und bildet Arbeiterinnen für Führungsaufgaben aus. Unabhängige Frauengewerkschaften, etwa für Hausarbeiterinnen, und eine stärkere Vertretung von Frauen in den gewerkschaftlichen Strukturen sind für die PCWW ein Schritt Richtung Gleichstellung der Frauen und hin zu einem demokratischen Wandel im Land. Angesichts der schwierigen politischen Lage in Ägypten seien diese Aufgaben eine grosse Herausforderung, schreibt die Arbeiterinnenkonferenz. Aber bei aller Behinderung und Repression durch die staatlichen Behörden setzt die Konferenz ihre Arbeit fort im Wissen, dass der Erfolg vielleicht erst übermorgen eintrifft.



Protest für die Freilassung der Gefangenen von Curuguaty, Paraguay.

Foto: MAP

Aus der SOLIFONDS-Unterstützungsarbeit

Späte Freilassung – bedrohliche Repression

Freispruch nach sechs Jahren unschuldig im Gefängnis

In Paraguay sind elf Landlose, die in einem äusserst fragwürdigen Prozess zu Haftstrafen zwischen 4 und 30 Jahren verurteilt worden waren, endlich von Schuld und Strafe freigesprochen worden. Sie waren zuvor für den Tod von sechs Polizisten verantwortlich gemacht worden, ohne dass Beweise gegen sie vorlagen.

Ausser den Polizisten waren beim Massaker von Curuguaty im Juni 2012 auch elf Kleinbauern erschossen worden. Über deren Ermordung gibt es bis heute keine Untersuchung. Der SOLIFONDS hat die Organisation der betroffenen Familien von Curuguaty nach dem Massaker wiederholt begleitet und unterstützt.

Kurdische Medienplattform wird kriminalisiert

Als die Zahl der NutzerInnen die Millionengrenze überschritt, schlossen die türkischen Behörden eine alternative kurdische Medienplattform aus «administrativen Gründen». Kurze Zeit später erlitt die Nachfolgeplattform dasselbe Schicksal. Und kürzlich verlegten die Betreiber die Nachfolge der Nachfolgeplattform ins Ausland, nachdem ein beteiligter Journalist zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und gegen zwei weitere Journalisten ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden war. Der Druck auf die kurdischen Medien sei so gross wie in den 1990er Jahren, schreiben die Betreiber. Aber die 14 JournalistInnen und 22 Freiwilligen in verschiedenen Städten arbeiten weiter für eine unabhängige Berichterstattung auf Kurdisch. Und danken für unsere solidarische Unterstützung.

Südafrikanische Bewegung der SlumbewohnerInnen unter Druck

Abahlali base Mjondolo heisst die Bewegung der SlumbewohnerInnen in Südafrika, die sich für ein Recht auf Wohnen einsetzt. Anfang Jahr hat der SOLIFONDS Abahlali für den Kauf von Baumaterialien und für Rechtshilfe unterstützt. Aktuell sieht sich die Bewegung enormer staatlicher Repression ausgesetzt. Siedlungen werden immer wieder mit Bulldozern zerstört, RepräsentantInnen bedroht und angeklagt. Todesdrohungen sind keine Seltenheit. Nun musste der Generalsekretär von Abahlali in den Untergrund gehen, weil verschiedene Hinweise auf einen Plan zu seiner Ermordung hindeuten. Trotz aller Repression wird die Bewegung ihren Kampf weiterführen.

WASSER?
Wasser ist ein Recht,
kein Geschäft!

Wasser ist ein Recht, kein Geschäft! – Forum gegen Water Grabbing

Kontrolle von Wasser – vom Grundwasser über Oberflächenwasser bis hin zum Wasserhahn – ist eine der zentralen Fragen der Gegenwart und der Zukunft. Für viele Menschen ist der Kampf um den Zugang zu sauberem Wasser eine tägliche Realität. Trinkwasser wird verschmutzt, privatisiert und teuer verkauft, abgezweigt oder es versiegt. Water Grabbing, die Aneignung von und Kontrolle über Wasser durch mächtige Akteure, steht in eklatantem Widerspruch zum Menschenrecht auf Wasser und zum Verständnis, dass Wasser ein Gemeingut sein muss.

19.–21. Oktober 2018,

Kirchgemeindehaus Johannes in Bern, organisiert von MultiWatch

KEESA-Tagung «The Copper Value Chain»

In Sambia werden grosse Kupfervorkommen abgebaut, unter anderem durch Glencore, und zu einem grossen Teil von internationalen Handelsfirmen mit Sitz in der Schweiz global gehandelt. Nach einführenden Referaten zur Wertschöpfungskette und zur Situation in Sambia wird sich die Tagung mit der Frage der Unternehmensverantwortung beschäftigen. Wie muss der Kupferhandel in der Schweiz reguliert werden, damit Sambia nicht nur die Kosten trägt, sondern auch Gewinne verzeichnen kann?

8. Dezember 2018, in Basel, organisiert von der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika

Für beide Veranstaltungen liegt ein detailliertes Programm bei. Weiterführende Informationen finden sich auch auf: www.solifonds.ch

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, Postfach, CH-8031 Zürich, Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)